

**Schriftliche Kleine Anfrage
des Abgeordneten Carsten Ovens (CDU)**

**Betr.: Aufschüttung der Aue Hagendeel zur Errichtung einer Unterkunft für
rund 300 Bewohner**

Die Kollau, insbesondere im Norden des Stadtteils Lokstedt, ist ein idyllisches Gebiet; Einzelhausbebauung mit viel Grün grenzt direkt an das Niendorfer Gehege. Der Wasserlauf ist seit einigen Monaten jedoch in den politischen Fokus gerückt. Es geht um das auszuweisende Überschwemmungsgebiet (ÜSG) entlang der Kollau.

Der Senat weist aktuell Überschwemmungsgebiete auf Grundlage behördlicher Ermittlungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz aus. Dies soll in sogenannten Risikogebieten erfolgen, also Flächen auf denen ein signifikantes Hochwasserrisiko besteht. Dabei beinhaltet das Risiko sowohl die Wahrscheinlichkeit, mit der das Gebiet von Überflutungen betroffen ist, als auch die nachteiligen Folgen einer Überflutung in diesem Gebiet für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe, wirtschaftliche Tätigkeiten und vorhandene Sachwerte.

Große Sorge bereitet den Anwohnern im Fall des ÜSG Kollau dabei auch die geplante Aufschüttung der letzten erhaltenen Aue Hagendeel, die als einzig verbleibendes größeres Auffangbecken bei Überflutungen dienen kann. Befürchtet wird, dass die großflächige Versiegelung des Bodens die Problematik vor Ort noch verschärfen wird.

Diese Aufschüttung soll erfolgen, um eine dringend benötigte Unterkunft für Flüchtlinge errichten zu können. Die bislang vorgelegten Pläne bezogen sich hierbei lediglich auf eine teilweise Aufschüttung dieses Gebietes zur Errichtung einer Unterkunft für rund 300 Bewohner. Nach neuen Plänen, die nun überraschend vorgelegt wurden, soll jedoch noch eine zweite Unterkunft ungefähr gleicher Größe auf der restlichen Aue gebaut werden.

Bereits im Winter musste der Senat in Sachen ÜSG Kollau zurückrudern, kündigte eine erneute Überprüfung an, da sich die Einsprüche der Anwohner gegen die Berechnungsgrundlage häuften. Auf Basis dieser mangelhaften Vorberechnungen soll nun offensichtlich dennoch eine noch viel größere Fläche dauerhaft bebaut werden.

Die Auswirkungen einer Aufschüttung der Aue Hagendeel für die umliegende Nachbarschaft sind bislang nur unzureichend bekannt. Eine mittels politischen Drucks überhastet durchgesetzte zusätzliche Vergrößerung der aufgeschütteten Fläche kann daher nicht im Sinne des eigenen Senatsanspruchs einer „ordentlichen Regierung“ sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

1. Seit wann ist der Anstieg des Unterbringungsbedarfs für Flüchtlinge bekannt?
2. Zu welchem Zeitpunkt war klar, dass zur Unterbringung der zusätzlichen Flüchtlinge die geplante Einrichtung auf dem Hagendeel 60 vergrößert werden soll?
3. Welche Alternativen, beispielsweise in anderen Stadtteilen, wurden geprüft?
Wie bewertet der Senat, dass der Stadtteil Lokstedt binnen kürzester Zeit gleich mehrere Unterkünfte, unter anderem eine zentrale Erstaufnahme sowie mehrere größere Einrichtungen aufgenommen hat – auch im Vergleich zu anderen Stadtteilen?
4. Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, um direkte Anwohner rechtzeitig zu informieren und in die Planungsprozesse einzubeziehen? Inwiefern haben Senat und Bezirksamt hier im Sinne einer bürgerorientierten Politik Hand in Hand gearbeitet?
5. Wie schätzt der Senat die Stimmung vor Ort ein? Bislang zeigt sich der Stadtteil Lokstedt in Sachen bürgerliches Engagement zur Unterstützung der vor Ort untergebrachten Flüchtlinge sehr vorbildlich. Sieht der Senat Risiken, dass sich dieser Zustand durch die vollzogene Bürgerinformation und -beteiligung ändern könnte?
6. Beabsichtigen der Bürgermeister und der Senat, sich an ihr Versprechen aus dem Ende der letzten Legislaturperiode zu halten und Baumaßnahmen auf der Fläche Hagendeel 60 erst auf der Basis einer neuen, sachgerechten wasserwirtschaftlichen Berechnung vorzunehmen und nicht vor der Fertigstellung dieser Berechnungen vollendete Tatsachen schaffen zu lassen?